



„Holpriger Start“

Jens Spahn zweifelt an fristgerechter Umsetzung der elektronischen Patientenakte

Nach einem sechsmonatigen Testlauf hat Anfang Juli der bundesweite Rollout der elektronischen Patientenakte (ePA) begonnen. Ab dem 1. Januar 2022 soll es möglich sein, den Impfausweis, den Mutterpass, das Untersuchungsheft für Kinder und das Zahnbonusheft einzustellen. Selbst der Initiator der ePA, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), zweifelt mittlerweile öffentlich an der fristgerechten Umsetzung.

Auf dem Digital-Kongress DMEA äußerte er sich Anfang Juni ungewohnt zurückhaltend. „Ich fürchte, es wird nicht schon alles im Laufe dieses Jahres so sein, wie es dann perfekt sein soll“, zitiert ihn die „ÄrzteZeitung“. Hapern würde es vor allem bei den erforderlichen technischen Anpassungen der Praxisverwaltungssysteme und Konnektoren.

Von der technologischen Warte aus betrachtet, sollten Arztpraxen ab dem

zweiten Quartal dieses Jahres in der Lage sein, relevante Gesundheitsdaten wie Diagnosen, Befunde, Therapien, Röntgenbilder, Medikationspläne oder Rezepte in die elektronische Akte eines Patienten hochladen zu können. Bislang konnten dies nur die Versicherten selbst. Jedenfalls die, die in den vergangenen Monaten eine ePA bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse angefordert haben. Aus welchen Gründen es mit der Entwicklung der technischen Komponenten weiterhin andauere, habe der Minister allerdings nicht so recht nachvollziehen können, so die „ÄrzteZeitung“. Spahn wiederholte damit seine Kritik an den PVS-Herstellern, die er bereits im Rahmen des Deutschen Ärztetags geäußert hatte.

Nach den Vorstellungen des Ministers sollte das Herzstück und Kernelement seiner Digitalstrategie nicht mehr aus dem medizinischen Alltag wegzudenken sein. Längstens in zwei Jahren, meint er, könne dies soweit sein. „Ich wünsche mir, dass die ePA irgendwann nichts Besonderes mehr

ist; dass es nichts Besonderes mehr ist, auch beim Arzt alles digital zu haben, keine Papierakten mehr; dass es nichts Besonderes mehr ist, wenn auch Ärzte und Krankenhäuser sich digital austauschen“, zitiert ihn die „ÄrzteZeitung“ weiter. Spahn positioniert sich dabei klar gegen irgendwelche Insellösungen: Die neuen Anwendungen müssten vor allem auch internationalen Standards entsprechen.

ePA-Entwicklung kostet viel Zeit, Geld und Nerven

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat seine Vision vom digitalen Gesundheitswesen in der aktuellen Legislaturperiode jedenfalls konsequent verfolgt. „Wie auch immer es weitergeht, ich kann nur dafür werben, dass ein Hauptfokus auf diesem Projekt bleibt und darauf, es immer breiter zu ziehen – mit immer mehr Anwendungen und immer mehr Möglichkeiten.

Wir haben jahrelang investiert – Zeit, Geld, Ressourcen, Nerven“, äußerte sich

Spahn laut der „ÄrzteZeitung“. Nun sei es an der Zeit, die elektronische Patientenakte mit Leben zu füllen – auch nach der im September anstehenden Bundestagswahl.

Die elektronische Patientenakte (ePA) jedenfalls ist Spahns Prestigeprojekt und die wichtigste Anwendung innerhalb der vernetzten Gesundheitsversorgung und der Telematik-Infrastruktur (TI). Sie soll die bisher an verschiedenen Orten wie Praxen und Krankenhäusern abgelegten Patientendaten digital zusammentragen. Damit sollen Behandler und Patienten alle relevanten Informationen an einem Ort und auf einen Blick vorliegen haben.

Schon im kommenden Jahr sollen neben dem Zahnbonusheft auch Dokumente wie der Impfpass, Mutterpass und das Untersuchungsheft für Kinder hier gespeichert werden können.

Kein Mehrwert für die Zahnmedizin

Die KZVB hat sich mehrfach klar und deutlich zur ePA positioniert. Sie sieht in der Zahnmedizin keinen erkennbaren Mehrwert durch die ePA und befürchtet vor allem zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Praxen. Dieser müsse

angemessen vergütet werden. Auch in Sachen Datenschutz seien noch viele Fragen offen. Deshalb lehnt die Vertreterversammlung der KZVB die zentrale Speicherung von Patientendaten ab.

Die mit der Umsetzung beauftragte gematik hat jedenfalls schon ihre nächsten digitalen Pläne bekanntgegeben: Bereits in einem Jahr will sie eine Messenger-Lösung bereitstellen, damit Angehörige innerhalb des Gesundheitswesens, aber auch Ärzte und Patienten künftig via Kurznachricht schnell und unkompliziert kommunizieren können.

Ingrid Scholz

Plötzlich aus dem Leben gerissen

KZVB trauert um Dr. Reiner Zajitschek



Dr. Reiner Zajitschek

Am 28. Juni 2021 ist Dr. Reiner Zajitschek (57) bei einer Fahrradtour ums Leben gekommen. Die näheren Umstände seines Todes waren bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch unklar, die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Die KZVB trauert um einen äußerst engagierten Kollegen und Standespolitiker. Als Vorsitzender der Vertreterversammlung der KZVB hat er sich bleibende Verdienste erworben. Seine sachliche und kompetente Versammlungsleitung wurde fraktionsübergreifend geschätzt. Auch als

stellvertretender Vorsitzender des ZBV Oberfranken und als Landesvorsitzender des FVDZ Bayern setzte er sich mit voller Kraft für die Kolleginnen und Kollegen ein. Als Vertragszahnarzt in eigener Praxis im oberfränkischen Döhlau leistete er einen wichtigen Beitrag für die Patientenversorgung im ländlichen Raum.

Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und allen Angehörigen. Einen ausführlichen Nachruf und eine Würdigung seiner Lebensleistung werden wir im kommenden BZB veröffentlichen.

Christian Berger
Dr. Manfred Kinner
Dr. Rüdiger Schott